

Kommentare und Berichte

Sozialdemokratische Herzenssachen

Die SPD macht mobil, könnte man meinen. Zumindest das Schlagwort, unter dem sie neulich im Berliner Willy-Brandt-Haus ihre Grundwertedebatte startete, klingt ein bisschen wie der Slogan eines Bewerbers um die Vergabe der neuen Mobilfunklizenzen: „Dialogoffensive 2000“. Doch es geht um weit mehr: Die SPD verständigt sich im „Jahr eins“ des neuen Jahrhunderts, im „Jahr zwei“ nach der Regierungsbildung und dem Schröder/Blair-Papier über ihre Grundwerte, als da wären (nur zur Erinnerung): Freiheit, Gerechtigkeit, Solidarität.

Zuoberst und zuallererst geht es um Gerechtigkeit, denn das Thema „berührt nicht nur den Kern und die Grenzen der Politik“ (Wolfgang Thierse), „Gerechtigkeit war, ist und bleibt für Sozialdemokraten Herzenssache“ (Wolfgang Clement). Und wie mit allen Herzensangelegenheiten, so ist es auch mit Fragen der Gerechtigkeit: Gelegentlich liegen sie einem schwer im Magen. Dann gilt es inzuhalten, mit möglichst kühlem Kopf nachzudenken, das Gespräch mit erfahrenen Leidensgenossen zu suchen und nötigenfalls den Rat guter Freunde einzuholen. Das ist es, was die SPD am 26. April 2000 in Berlin unternahm.

Wolfgang Clement (der kühle Kopf) referiert, wie man „Durch innovative Politik zu gerechterer Teilhabe“ gelangt; Anthony Giddens (der gute Freund) spricht über „Soziale Gerechtigkeit in der Programmdebatte der europäischen Sozialdemokratie“; das Podium (die Leidensgenossen und -genossin..., ja, ja, es ist tatsächlich eine Frau dabei) diskutiert die Frage „Wie viel Gleichheit erfordert Gerechtigkeit, wie viel Freiheit braucht Innovation?“, und abschließend blickt Wolfgang Thierse (der mit den Magenproblemen) auf Schlussfolgerungen und Perspektiven für die Programmdebatte.

Dass er sich dabei auf Fragen beschränkt und auf Antworten weitgehend verzichtet, muss kein Nachteil sein. „Eine Frage richtig zu stellen, ist eine Sache“, sagt Tschechow. „Eine Antwort darauf zu finden, ist eine ganz andere Sache“, und manchmal ist es die halbe Miete, wenn es gelingt, die Frage präzise genug zu formulieren. In der Art unserer Fragestellungen legen wir die Richtung fest, in die wir bei der Beantwortung aufbrechen wollen, und die führt bei der SPD auf dem „Dritten Weg“ direkt in die „Neue Mitte“:

*Wieviel Gleichheit braucht
die Gerechtigkeit?*

„Stimmt es, dass Ungleichheiten in Einkommen, Vermögen und Lebenschancen gerechtfertigt sind, weil sie die Wohlstandsproduktion der ganzen Gesellschaft durch besondere Einzelleistungen steigern? [...] Wie sieht ein produktionsorientierter Gerechtigkeitsbegriff [sic!], der solche Differenzierungen rechtfertigt, in der Praxis aus?“ (Wolfgang Thierse)

So viel Antwort kann in einer Frage liegen: Vorbei die seligen Zeiten eines an Gleichheit orientierten Gerechtigkeitsbegriffs, der durch Solidarität motiviert ist und Umverteilung legitimiert. „Wir müssen fragen: Was heißt Solidarität in der Gegenwartsgesellschaft mit ihrer erheblichen Zerklüftung in soziale Milieus, mit ihrem voranschreitenden Maß an Individualisierung der Lebensweisen, der individuellen Wertmuster, der Lebensentwürfe?“ (Wolfgang Thierse) Welche Werte sind in einer so atomisierten, na mindestens molekularisierten Gesellschaft überhaupt noch allgemein geteilte Grundwerte? Die Antwort liegt auf der Hand: Einkommen, Vermögen, Wohlstand; in einem Wort: Wachstum. Und wie ist das in Zeiten der Globalisierung zu verwirklichen? Durch innovative Produktion. Das ist es, woran Ge-

rechtigkeit sich messen lassen muss. Grundwerte müssen schließlich motivierbar sein, sie müssen das „in unserer Gesellschaft tatsächlich vorhandene Gerechtigkeitsverständnis“ (Wolfgang Thierse) widerspiegeln, und warum sollte man sich im post-solidarischen Zeitalter von Multikulturalismus und Individualismus noch für Gleichheit einsetzen, wenn es doch allen besser geht, solange einige „ein bisschen gleicher“ sind?

Glaubt man der SPD, brauchen wir also einen produktionsorientierten Gerechtigkeitsbegriff, der Ungleichheiten in Einkommen, Vermögen, Lebenschancen rechtfertigt, insofern sie die Wohlstandsproduktion steigern. So weit, so neoliberal.

Doch ein bisschen Hoffnung bleibt für alle, die sich partout nicht vom vormodernen Glauben an Solidarität und Gleichheit verabschieden wollen. Denn auch im neugewonnenen Selbstverständnis der Sozialdemokratie soll die soziale Gerechtigkeit nicht vollständig zur „produktionsorientierten“ Disposition gestellt werden. „Das Gerechtigkeitsverständnis des Berliner Programms [...] beruht auf der Auffassung, dass eine Reihe von Gleichheiten politisch realisiert werden müssen, um Gerechtigkeit zu verwirklichen. [...] Welche Grundgleichheiten zum Schutz der Menschenwürde und der Menschenrechte sind unerlässlich und wie werden sie garantiert?“ (Wolfgang Thierse)

Anders ausgedrückt: Es gibt eine Grenze, bis zu der Gleichheit der Verteilungsmaßstab ist und Solidarität das Gebot der Stunde, und erst jenseits dieser Grenze ist damit zu rechnen, dass „sich Leistung wieder lohnt“ (Ellbogenkämpfe sind schließlich auch „Knochenarbeit“, und die muss sich, wie Oskar Lafontaine – uups! – am 1. Mai in Salzgitter verkündete, endlich wieder lohnen). Die Frage ist nur: Wo liegt sie, diese Grenze? Wieviel Gleichheit verlangt die Gerechtigkeit, und vor allem: Gleichheit in welcher Hinsicht?

Geht es um Gleichheit von Wohlstand oder Wohlergehen? Aber wie ist letztere

zu messen und beides miteinander zu verbinden, angesichts der Tatsache, dass sich nicht alle Menschenkinder im gleichen Armani-Pullover gleich wohl fühlen?

Geht es um Gütergleichheit? Aber wie ist die zu realisieren, ohne das „Freiheitsrecht auf Eigentum“ allzu drastisch einzuschränken; und wie wäre eine solche Ressourcengleichheit auch langfristig zu garantieren in einer Gesellschaft, in der es gute und weniger gute „Ressourcenverwerter“ gibt? Auch wenn alle zu Beginn der Spielrunde mit den gleichen 4 000 DM starten – an ihrem Ende werden die Besitzer der Schlossallee weitaus besser dastehen als die Inhaber des Elektrizitätswerks (und was macht man bloß mit denen, die nach dem ersten Würfeln „direkt ins Gefängnis“ gehen mussten?)

Geht es um Chancengleichheit? Aber woher wissen wir, wann Chancen gleich sind, und welche Chancen sollen überhaupt eine Rolle spielen? Sollten alle die gleiche Chance haben, die Schlossallee zu erwerben (aber wer kriegt sie dann?), oder alle die gleiche Chance, Ministerpräsidentin von Nordrhein-Westfalen zu werden?

Geht es um gleiche Teilhabe, um gleiche Rechte, um gleiche Pflichten, um gleiche Berücksichtigung oder um „Berücksichtigung als gleiche“?

In welcher Hinsicht also ist Gleichheit überhaupt aus Gründen der Gerechtigkeit gefordert?

Wolfgang Clement hat die sozialdemokratische Antwort genannt, zwei Stunden bevor Wolfgang Thierse die Frage formulierte: „Gerechtigkeit, das bedeutete früher zuerst und vor allem mehr Gleichheit, und zwar ganz direkt mehr Verteilungs- und Ergebnisgleichheit. Das hieß vor allem: Abbau der drastischen Einkommens- und Vermögensungleichheiten, Abbau der Ungleichheit der Lebenschancen, Abbau der Geburts- und Klassenprivilegien beim Zugang zum Bildungssystem und insbesondere zur höheren Bildung. [...] Die stolzen Garantien, die wir unter

dem Dach des Nationalstaats und der Nationalökonomie früher geben konnten, wiegen heute weniger auf der Waage der Weltwirtschaft. [...] [Der] alte Glaube, dass alles sozial gerecht sei, was die Ungleichheiten in der Einkommens- und Vermögensverteilung verringert, [hilft uns] in dieser Allgemeinheit nicht weiter: Wer nur auf die eine Seite – die Sphäre der Verteilung – schaut, und die andere Seite – die Sphäre der Produktion – außer Acht lässt, der läuft in die Irre. Denn die Reihenfolge muss umgekehrt sein: Die Erwirtschaftung des Wohlstands kommt vor seiner Verteilung – und zwar im Interesse von Leistung und Gerechtigkeit. Deshalb sind gerade wir Sozialdemokraten gut beraten, rechtzeitig unsere Gerechtigkeitsideale zu überdenken und sie an den Realitäten der neuen Weltwirtschaft abzumessen.“ (Man hört's und staunt: Einst war die Sozialdemokratie angetreten, die Realitäten der Wirtschaft ihrem Gerechtigkeitsideal anzupassen. Jetzt ist ganz offenbar das Gegenteil angesagt.)

Was will uns das nun sagen? „Bevor man gerecht verteilen kann, muss es was zu verteilen geben.“ Das ist sicher richtig und gilt wohl nicht erst im post-nationalstaatlichen und post-nationalökonomischen 21. Jahrhundert. Aber heisst das, dass man „erst mal was produzieren“ muss, bevor man sich über Gerechtigkeit Gedanken machen kann? Ganz sicher nicht, denn soziale Gerechtigkeit beginnt nicht erst bei der Verteilung gesellschaftlich produzierter Güter, sie kommt nicht erst nach der Produktion ins Spiel. Die Frage der Gerechtigkeit betrifft heute wie zu allen Zeiten (und heute, also im vielzitierten Zeitalter der Globalisierung, vielleicht mehr denn je) die Frage der Produktion gesellschaftlicher Güter höchstselbst, und das heißt eben die Frage der Schaffung, Gestaltung und Verteilung von Arbeit, und das heißt immer auch die Frage der Verteilung von Ausbildungschancen. Statt eines produktionsorientierten Gerechtigkeitsbegriffs brauchen wir also nach wie

vor einen „gerechtigkeitsorientierten Produktionsbegriff“.

Und hier kommt – Hello again! – dann auch wieder die Gleichheitsproblematik ins Spiel: Dass derzeit in der Bundesrepublik vier Millionen Menschen aus den gesellschaftlichen Produktionsprozessen ausgeschlossen sind, hat soziale Ungleichheiten zur Folge, die nicht anders zu beschreiben sind als in der Terminologie von Ungerechtigkeit. Trotz aller historischen Erfolge (nicht nur) sozialdemokratischer Kämpfe: Das Problem scheint im wesentlichen dasselbe zu sein wie „früher“, als es noch „zuerst und vor allem um mehr Gleichheit“ ging.

Wieviel Ungleichheit braucht der Wohlstand?

Die Frage der Gerechtigkeit ist also von der Gleichheitsproblematik nicht zu trennen, und zwar so lange nicht, wie wir bestehende Ungleichheiten als Ungerechtigkeiten verstehen. Aber welche Ungleichheiten sind ungerecht? Ich schlage vor, diejenigen sozialen Ungleichheiten ungerecht zu nennen, die von den betreffenden Individuen mit guten Gründen als Benachteiligung erlebt werden; die von ihnen nicht gewünscht sind; die nicht das Ergebnis ihrer mehr oder weniger freien Entscheidungen sind und die in Hinsichten bestehen, für die gesellschaftliche und politische Institutionen (mit-)verantwortlich sind und auf die sie einen gestaltenden Einfluss nehmen können. Dass es in Niedersachsen weniger „Berge“ gibt als in Bayern, mag die niedersächsischen Wintersportliebhaber saisonal benachteiligen. Um ihre Freizeitvorlieben zu befriedigen, also für ihr Wohlergehen zu sorgen, müssen sie weitaus mehr Ressourcen investieren als die Bewohner der Alpenländer. Und wenn Gerechtigkeit eine Gleichheit hinsichtlich des Wohlergehens verlangt, dann könnte es ein Gerechtigkeitserfordernis sein, dass niedersächsische Skiläufer die Bahntickets, die sie zur Zugspitze bringen,

von der Steuer absetzen können. Aber die Verteilung der Berge fällt ebenso wenig in den Verantwortungsbereich der Politik und der gesellschaftlichen Institutionen wie die Verteilung der jeweiligen Freizeitvorlieben. Für erstere ist niemand, für letztere das Individuum jedenfalls zum Teil selbst verantwortlich. Die diesbezüglich bestehenden Ungleichheiten sollten daher vorerst nicht als Indiz für soziale Ungerechtigkeit angesehen werden.

Die entscheidende Frage ist also nicht die, ob Gerechtigkeit etwas mit Gleichheit zu tun hat, sondern welche Ungleichheiten innerhalb einer Gesellschaft als Ungerechtigkeits-indikatoren aufzufassen sind, und „welche Ungleichheiten ein zeitgemäßer Gerechtigkeitsbegriff [möglicherweise sogar] verlangt?“ (Wolfgang Thierse)

Nimmt man Wolfgang Clement beim Wort, scheint eine ganze Gruppe von Ungleichheiten, ein ganzer „Gleichheitsbereich“, der bislang keine kleine Rolle bei der Beurteilung der Gerechtigkeit von Verteilungssystemen spielte, jetzt eher außen vor zu bleiben, und das ist die sogenannte Ergebnisgleichheit. Ob eine bestimmte gesellschaftliche Verteilung gerecht oder ungerecht zu nennen ist, lässt sich auch, wenn auch nicht vollständig, daran erkennen, „was hinten raus kommt“. Wenn nach der Aufteilung der Torte, von der alle möglichst viel haben wollen, einer über neunzig Prozent des Kuchens verfügt, während sich die anderen drei den Rest teilen, scheint beim Verteilungsverfahren irgendwas schief gelaufen zu sein. Oder doch nicht? „Der gesunde Menschenverstand, die praktische Erfahrung, aber auch die realistische Theorie sind sich einig: Verordnete Gleichheit – das lehrt die Geschichte – ist der Tod von Gerechtigkeit und Freiheit. Moderne soziale Marktwirtschaften hingegen können die Chancen auf Gleichheit erhöhen, ohne jedoch Gleichheit im Ergebnis zu sichern oder zu versprechen. Diese Form von begrenzter Ungleichheit im Ergebnis kann sehr wohl auch

ein Katalysator sein für individuelle als auch für gesellschaftliche Entfaltungsmöglichkeiten. Sie kann damit auch dem Anspruch dienen, ein realistisches Mehr an Gerechtigkeit zu schaffen“ (Wolfgang Clement). Wer wollte da widersprechen? Begrenzte Ungleichheit im Ergebnis muss kein Indiz für Ungerechtigkeit sein. Dass einer mehr vom Kuchen kriegt als die anderen, könnte schliesslich auch dadurch begründet sein, dass er das Geburtstagskind ist und es um seine Torte geht; oder vielleicht hat er den größten Hunger oder beim letzten Mal zugunsten der anderen drei verzichtet. Aber möglicherweise gehörte ihm nicht die Torte, sondern nur das Messer, mit dem sie aufgeteilt wurde; und vielleicht hat er auch schon beim letzten Mal das größte Stück ergattert, weil er damals wie heute derjenige ist, der am schnellsten zugreifen kann. Und selbst wenn es bei der Kuchenverteilung mit gerechten Dingen zugegangen ist: auch Ungleichheit kennt ihre eigenen Wachstumsgesetze. Wer nach der ersten gerechten Spielrunde im Besitz der Schlossallee ist, kann (sich) in der zweiten Spielrunde 'ne Menge mehr leisten als der Kollege im Gefängnis. Aller Wahrscheinlichkeit nach wird es nicht lange dauern, bis die Ungleichheit zwischen ihnen keinen Leistungsanreiz für letzteren mehr, sondern schlicht das Ende vom Spiel bedeutet.

Auch hier ist die entscheidende Frage also die nach der Positionierung der geforderten Grenze: Wie begrenzt müssen die Ungleichheiten im Ergebnis bleiben (und worauf sollten sie begrenzt sein)? Wie steil darf das soziale Gefälle höchstens werden, um den Wohlstand noch zu fördern, statt die Gerechtigkeit schon zu gefährden?

Wenn nach der Logik der Gerechtigkeitsreformer in der SPD Ungleichheit im Ergebnis zwangsläufig zu mehr Leistung, mehr Leistung in jedem Fall zu mehr Produktion, mehr Produktion automatisch zu mehr Beschäftigung und jeder Beschäftigungszuwachs zu mehr

Gerechtigkeit führt, dann gehen sie nicht nur von ziemlich zweifelhaften Hypothesen aus; sie kommen auch zu äußerst fragwürdigen Schlüssen.

Ausgerechnet den amerikanischen Philosophen John Rawls erklärt Wolfgang Clement schließlich zum Kronzeugen dieses Gedankengangs, demzufolge „sich eine Politik der Gerechtigkeit dran messen lassen [muss], ob sie einen wirksamen Beitrag dazu leistet, dass sich der gesellschaftliche Wohlstand im Ergebnis in einem Maße erhöht, von dem alle einen Vorteil haben.“ Klingt ein bisschen so, als müsse sich die Gerechtigkeit daran messen lassen, ob sie den Wohlstand erhöht und das Wachstum fördert, und das lässt sich mit Rawls jedenfalls ganz sicher nicht zeigen. Bei dem heißt es statt dessen: „Alle sozialen Werte – Freiheit, Chancen, Einkommen, Vermögen und die sozialen Grundlagen der Selbstachtung – sind *gleichmäßig zu verteilen*, soweit nicht eine ungleiche Verteilung jedermann zum Vorteil erreicht.“¹ Bei Rawls muss sich also das Wachstum daran messen lassen, ob es die Gerechtigkeit fördert, und die wiederum orientiert sich an der Gleichverteilung.

Dieser Vorrang der Gleichheit muss keineswegs das Ende der Freiheit bedeuten. Im Gegenteil: Freiheit wird leicht zum bloßen politischen Slogan, wenn dem einzelnen die materiellen und immateriellen Ressourcen fehlen, um von ihr Gebrauch zu machen. Deshalb verlangt eine substantielle Idee von Freiheit, dass für ein entsprechendes Ausmaß an sozialer Gerechtigkeit gesorgt ist. Die Verwirklichung der Gerechtigkeit ist daher auch eine Ermöglichung der Freiheit.

Susanne Boshammer

Testfall Livingstone

„Wie ich schon sagte, bevor ich vor vierzehn Jahren so unhöflich unterbrochen wurde“ – mit diesen Worten eröffnete Ken Livingstone am 5. Mai 2000 die zweite Halbzeit seines politischen Lebens und nahm seine Wahl zum ersten direkt gewählten Bürgermeister der Stadt London an. Die erste Halbzeit hatte er als Vorsitzender des „Greater London Council“ 1981 begonnen und war 1986 von der Thatcher-Regierung aus dem Amt getrieben worden. Diese hatte den von der Labour Party dominierten GLC durch einen Verwaltungsakt abgeschafft und „Red Ken“ Livingstone in die politische Wüste geschickt. Seit dieser Zeit hatte er in der unter Kinnock und Blair bis zur Unkenntlichkeit modernisierten Labour Party keine herausragende Position in der Parteihierarchie mehr eingenommen. Er saß zwar im Parlament, aber seine Außenwirkung als Abgeordneter beschränkte sich auf das Verfassen von Zeitungskolumnen. Als New Labour dann unter Blair 1997 an die Regierung zurückkehrte, war das Projekt der „devolution“, das heißt der Regionalisierung des zentralistischen Westminster-Modells durch die Einführung von Regionalparlamenten in Wales und Schottland, ein zentraler Bestandteil des Regierungsprogrammes. Die Direktwahl des Londoner Bürgermeisters sollte die Krönung des Reformwerkes von New Labour bilden.

Statt dessen hatte die Labour Party die perfekte Jobbeschreibung für einen Mann aus ihrer eigenen Vergangenheit ersonnen. Der von allen Granden der Regierung Blair ignorierte Ken Livingstone wollte von Anfang an Bürgermeister werden, während die Parteiführung zunehmend verzweifelt nach einem für sie akzeptablen „offiziellen“ Kandidaten suchte. Die populäre Mo Mowlam, die als Nordirlandministerin an Profil ge-

1 John Rawls, Eine Theorie der Gerechtigkeit, Frankfurt a. M. 7 1993, S.83 (Hervorh. v. Verf.).